

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 11

Artikel: Von der OAS zu Chile
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095309>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alphonse Max

Von der OAS zu Chile

Wie weit der chilenische Weg die Zukunft des lateinamerikanischen Kontinents bestimmen wird, steht noch aus. Aber mittlerweile beeinflusst er die Gegenwart der lateinamerikanischen Organisation.

Im April war bei der Generalversammlung der Organisation amerikanischer Staaten (OAS), der sämtliche amerikanische Länder mit Ausnahme Kubas (das 1964 wegen wiederholten charterwidrigen Praktiken der Einmischung ausgestossen wurde) angehören, das von Uruguay und Costa Rica gemeinsam vorgeschlagene Zentralthema die andauernde Intervention der Regierung Fidel Castros in die internen Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten.

Ein hochaktuelles Thema, das jedoch nicht durchdiskutiert wurde, weil die Vertreter Chiles, Perus und Ekuadors in der offensichtlichen Absicht, davon abzulenken, sich theoretischen Ergüssen ergaben, um eine klare und unmissverständliche Verdammung Kubas zu vermeiden.

Der konkrete Anlass zu der uruguayischen Klage gegen Havanna war die Tatsache, dass der kubanische Premier die Mitglieder der bei den letzten Wahlen durchgefallenen sogenannten Breiten Front öffentlich aufgefordert hat, ihr Misslingen dadurch wetzumachen, dass sie mit Gewalt versuchen, die Macht wieder an sich zu reißen. Dazu kommt noch der erschwerende Umstand, dass diese Aufforderung während Castros Staatsbesuch in Chile erfolgte.

Die Toleranz der derzeitigen chilenischen Regierung gegenüber jedem Umsturzversuch, der sich nicht gegen sie selbst richtet, geht so weit, dass sie es stillschweigend duldet, dass die kubanische Botschaft in Santiago als Hort für südamerikanische Subversive ausgebaut wird. Ueber derartige Kleinigkeiten sind manche südamerikanische Aussenminister erhaben. Sie ziehen es vor, über abstrakte Prinzipien zu reden, sich gegenseitig mit Gefälligkeitsreden hochzuschaukeln und gegen die Vereinigten Staaten zu polemisieren.

Selbst der Generalsekretär der OAS, der Ekuatorianer Galo Plaza, hat die Arroganz besessen, jene Staaten anzugreifen, die sich erdreistet haben, gegen die Nationalisierung von Eigentum ihrer Bürger einen formellen Protest zu erheben, indem er zum Beispiel Washington bezichtigte, sein Hilfeprogramm aus solchen nebensächlichen Gründen einschränken zu wollen.

Aber die ständige Verdammung der Nordamerikaner als Ausbeuter der armen lateinamerikanischen Länder ist allmählich zu einem logizidalen Klischee geworden. Denn man kann nicht auf der einen Seite brüllen, dass die Yankees Lateinamerika aufgegeben haben, und auf der andern Seite US-Investitionen, wenn sie vorgenommen werden, unter dem Vorwand enteignen, dass sie ausbeuterische Absichten verfolgen.

Die Entwicklung in Chile ist in mehr als einer Hinsicht aufschlussreich. Nachdem es Allende weitgehend gelungen ist, die chilenische Wirtschaft zu ruinieren (wir haben hierfür seit achtzehn Monaten mit monotoner Regelmässigkeit und im Detail berichtet), hat er sich mit der extremen Linken arg verkracht. Obwohl er nach seinem Amtsantritt die verhafteten Mitglieder der damals im Untergrund operierenden Links-Revolutionären Bewegung (MIR) begnadigt hatte, verschärfte die MIR in der letzten Zeit ihren Widerstand gegen die Regierung und erklärte sich offen gegen den von Allende angekündigten «demokratischen Weg zum Sozialismus».

Nach den tragischen Zwischenfällen von Concepción, bei denen ein 17jähriger Schüler getötet wurde, forderte die MIR die Absetzung des Provinzgouverneurs, eines Kommunisten, Koalitionspartner der Volksfrontregierung («Unidad Popular», einschliesslich der sozialistischen Partei Allendes, schlossen sich dieser Forderung an. Die KP erklärte sich jedoch mit dem Gouverneur

pflichtungen können ein besonders brauchbares Alibi zur Ausschaltung jener Stimmen und Kräfte geben, die den Sowjets und ihren ideologischen Freunden im Westen nicht genehm sind, und auch dazu bedarf es schliesslich einer willigen Interpretation, die man leider als gegeben voraussetzen darf (und sonst kann bereits mit Terror nachgeholfen werden; auch dazu haben Deutschland und Europa in jüngster Zeit ihre Beispiele geboten). Die Verträge sind nicht «an sich» zwingend. Ihre vermutlich zwingende Auslegung erhalten sie durch die politischen Umstände.

Und wenn solche politischen Umstände anderswo analog vorliegen, können sie auch ohne offizielle Abkommen mit Moskau durchaus analoge Auswirkungen haben. Man hat zuweilen von der möglichen «Finnlandisierung» der Bundesrepublik gesprochen, denn Helsinki ist durch Verträge an Moskau gebunden und hat den schlagseitigen Neutralisierungsprozess vorgemacht. Doch Finnland ist nicht das einzige Modell, das in diese Richtung weist, und Schweden beispielsweise ist ein anderes Modell, vielleicht dasjenige,

das für uns andere europäische Staaten noch relevanter ist. (Wobei es wahrscheinlich weniger auf die Gestaltung der staatlichen Apothekpreise ankommt als auf die innen- und aussenpolitischen Zeichen eines stillen Anschlussverfahrens.)

Ein Europa, das sich nicht mehr selbst behaupten will, wird von niemandem geschützt werden, es sei denn von der UdSSR, die sich als Schutzmacht im östlichen Teil des Kontinents bereits so gut bewährt hat wie seinerzeit Hitlerdeutschland als Schutzmacht über seine Protektorate. Nur dass damals eine Befreiung von aussen her möglich war. Wir aber (das heisst unsere Kinder) werden auf die Selbstbefreiung warten müssen, wie sie sich für eine unbestimmte Zukunft in den Samisdat-Stimmen der sowjetischen Opposition ankündigt. Denn dort ist die geistige Abrechnung mit jenen Strukturen samt ihren ideologischen Begründungen im Gange, die man uns hier als Heilmittel unserer Zukunft anpreist. Werden wir wirklich nicht darum herumkommen, den Preis der Erfahrung gleich ihnen zu entrichten?

Christian Brügger

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar- +

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Hans Erpf

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

solidarisch und erneuerte ihre Angriffe auf die MIR. Dies führte zu einer Krise innerhalb der Regierungskoalition, die selbst von den Kommunisten als «ernste Spaltung» bezeichnet wurde.

Die Radikalisierung der MIR kam auch zum Ausdruck, als der Neffe Allendes, Andrés Sascál Allende, einer der Führer der linksextremen Bewegung, nicht zu dem gegen ihn wegen terroristischer Tätigkeiten eingeleiteten Gerichtsverfahren erschien. Nachdem auch Geheimverhandlungen mit der Terrororganisation zu keinem positiven Ergebnis führten, wird sich Allende wahrscheinlich gezwungen sehen, doch energisch gegen die MIR vorzugehen.

Interessant an dieser Entwicklung ist folgende Tatsache: Die Sprecher der von Kommunisten geleiteten Volksfronten — sowohl in Chile (Unidad Popular) als auch in Uruguay (Frente Amplio) — behaupteten in ihren Agitationsreden immer wieder, dass das einzige Mittel gegen den ultralinken Terror (einen anderen gibt es sowieso nicht) die Machtübernahme der Volksfront sei. Denn, so argumentieren sie, der Terror ist der Ausdruck der Unzufriedenheit gewisser Volksschichten mit dem bestehenden Zustand und den obsoleten gesellschaftlichen Strukturen. Sobald die Volksfront am Ruder ist und eine Umgestaltung aller bis dahin geltenden Werte vornimmt, wird der Terror automatisch verschwinden, da die Ursache für seine Entstehung behoben sein wird.

Diese Scheinkausalität: morsche gesellschaftliche Struktur = Terror hat sich selbstverständlich als trügerisch erwiesen, was für sämtliche Parforce-Theorien der Linken bezeichnend ist.

Es hat sich an Hand der neuesten Ergebnisse in Chile erwiesen, dass die Gegner der kommunistischen Volksfront, die dieser die Macht streitig machen wollen, nicht bei der mühelos eliminierten «Oligarchie» (ich weiss nicht recht, was überhaupt darunter zu verstehen ist) zu finden sind, sondern bei jenen machtsensualisierten Jünglingen, die Demokratie und Sowjetkommunismus nicht aus ideologischen Gründen ablehnen, sondern weil keines der beiden Systeme ihrem chaotischen Gemütszustand entspricht. ■